

# KGV



# Spot

November 2018

**Abstimmungsempfehlung:**  
„NEIN“ zur Selbstbestimmungs-  
Initiative

## „NEIN“ zur Selbstbestimmungs-Initiative

### **Bundsrat und Parlament empfehlen die Initiative abzulehnen:**

Die Initiative setzt internationale Verträge aufs Spiel. Sie gefährdet so Stabilität und Rechtssicherheit, was den Wirtschaftsstandort und den Menschenrechtsschutz schwächt. Vertragsanpassungen brauchen auch immer die Zustimmung der Vertragspartner. Mehr Selbstbestimmung bringt die Initiative deshalb nicht.

Bereits heute hat das Schweizer Stimmvolk immer das letzte Wort und die Schweiz kann keine internationalen Verträge abschliessen, die ihrer Verfassung widersprechen. Bringt ein Vertrag später Nachteile, kann per Initiative seine Kündigung verlangt werden. Die SBI bringt der Schweizer Demokratie also keinen Mehrwert. Sie schafft aber jede Menge Probleme, weil sie die weitere Einhaltung von Verträgen, die von der Schweiz bereits unterzeichnet wurden, in Frage stellt. Damit schwächt sie die Schweiz enorm.

Der Wohlstand unseres Landes basiert wesentlich auf den Export- und Importleistungen der Wirtschaft. Zwei von fünf Franken werden im Handel mit dem Ausland verdient. Rund 97'000 Schweizer Unternehmen sind exportorientiert, davon sind 90% KMU. 2017 haben Schweizer Unternehmen Güter im Wert von 220,6 Milliarden Franken und Dienstleistungen im Wert von 118,7 Milliarden Franken exportiert

Hinter diesen Zahlen stehen Unternehmen, Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, Wohlstand. Allein durch die Bilateralen Verträge mit der EU haben Schweizerinnen und Schweizer heute pro Kopf im Durchschnitt 4'400 Franken mehr zur Verfügung. Dies ist nur durch die zahlreichen Wirtschaftsabkommen mit internationalen Handelspartnern möglich.

**Die Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv fasst die Nein-Parole zur Selbstbestimmungsinitiative. In der Medienmitteilung des sgv vom 24. Oktober 2018 heisst es:**

Gegen die Selbstbestimmungsinitiative spricht ihre „alles oder nichts“ Ausrichtung. Es ist unklar, welche völkerrechtlichen Verträge überhaupt betroffen sind. Ebenso unklar ist, welche Auswirkungen die Kündigungen der Verträge hätten. Zudem halten die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen die Behörden an, sich über bestehende vertragliche Verpflichtungen hinwegzusetzen. Das widerspricht der Schweizer Rechtskultur und schwächt die Position der Schweiz im Verkehr mit anderen Staaten. Insgesamt sind negative aussenpolitische und aussenwirtschaftliche Auswirkungen möglich. An der Gewerbekammersitzung haben die Delegierten der Mitgliederorganisationen des grössten Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft die Nein-Parole mit grossem Mehr gefasst.

**Der Vorstand des KGV Schaffhausen schliesst sich dem Bundesrat, dem Parlament und dem sgv an und empfiehlt am 25. November 2018 mit „NEIN“ abzustimmen.**